

Zum Jahresarbeitsprogramm sind einige Anmerkungen notwendig. Damit sich die Teilnehmer auf die Diskussion vorbereiten können, bitte ich, diese Ausführungen den Mitgliedern frühzeitig vor dem Vollversammlungstermin per Email zuzustellen.

Das Arbeitsprogramm ist ohne Mitwirkung der Vollversammlung erstellt.

Sollte es ein internes Jahresarbeitsprogramm des Hauptamtes sein, so mag das legitim sein. Hier aber wird ein Beschluss der Vollversammlung über den Inhalt abgefordert, ohne dass diese zuvor auch nur ansatzweise eingebunden war. Es wurde uns vor wenigen Tagen ausformuliert und zusätzlich in Broschürenform als „Themenschwerpunkte 2011“ zugeschickt. Wir sollen also nur noch zustimmen.

Aus diesem Grunde habe ich mich etwas eingehender mit den Inhalten befasst. Zu einigen Punkten möchte ich Stellung beziehen:

1. Es soll ein Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft zur Abgeordnetenwahl erstellt werden (S.1)

Bei der geringen Wahlbeteiligung, mit der wir in die Vollversammlung delegiert wurden, sind wir nicht wirklich legitimiert, für die gesamte Berliner Wirtschaft zu sprechen. Auf keinen Fall können wir hier Wahlprüfsteine definieren, wenn es nicht zuvor eine intensive Diskussion in der Vollversammlung gegeben hat. So sieht es auch das Bundesverwaltungsgericht Leipzig, (BVerwG 8 C 20.09 – Urteil vom 23. Juni 2010) welches entschied, dass das Gesamtinteresse der Gewerbetreibenden in einem IHK Bezirk durch die nach Gesetz und Satzung zuständigen Gremien ermittelt werden muss. Das ist die Vollversammlung. Es steht „ermittelt“ und nicht lediglich „beschlossen“.

Die IHK ist keine politische Partei. Die Mitglieder der Berliner IHK haben sehr divergierende Interessen. „Wahlprüfsteine“, die das Gesamtinteresse der Gewerbetreibenden in Berlin zu definieren und sie zu vertreten übersteigt die internen parlamentarischen Gegebenheiten und die Bedeutung der Vollversammlung.

Das Arbeitsprogramm führt weiter aus:

a) Public Privat Partnerschaft (PPP) soll als effiziente und wirtschaftliche Alternative zum öffentlichen Eigenbetrieb dargestellt werden. (S. 5. Punkt 9)

PPP ist ein Instrument der Großindustrie. Es mag gute aber auch schlechte Beispiele. Letztere z.B., wenn mautpflichtige Straßen, Tunnel oder Brücken gebaut werden oder wenn Komponenten der Grundversorgung bzw. Daseinsvorsorge maßgeblich von der Gewinnerwartung von Investoren bestimmt wird. PPP ist ein politisches Thema, bei dem viele der IHK Mitglieder nicht die im Arbeitsprogramm formulierten Standpunkte teilen. Viele Normalbürger können keinen Vorteil erkennen, wenn weltweit agierendes anonymes Kapital, vielleicht noch verpackt in amerikanische Steuersparmodelle, Investitionen in die deutsche Daseinsvorsorge tätigen. Viele Steuerzahler haben den zutreffenden Eindruck, dass sie die Kapitalrendite für anonyme globale Investoren aufbringen müssen. Wer PPP offensiv vertreten will, soll in eine politische Partei eintreten und dort für Mehrheiten werben.

b) „Rekommunalisierungstendenzen entgegenwirken“ (S. 10, S. 15) oder „Privatisierung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften“ (S.15) oder „Zusammenschluss von BVG und S-Bahn unter landeseigenem Dach verhindern“. (S.27)

2. Auch das sind politische Themen, die man aus den Parteien heraus vorbringen sollte, mit denen man individuell sympathisiert. Die IHK hingegen hat nicht die Legitimierung, bei diesen Punkten der Landespolitik für die sogenannte „Berliner Wirtschaft“ zu sprechen. Wenn wir mit diesen Punkten das Arbeitsprogramm 2011 beschließen wäre es anmaßend und rechtswidrig.
3. Ich hatte Herrn Eder am 17.12. 2010 für das Arbeitsprogramm 2011 vorgeschlagen, **die Funktionen der Berufsgenossenschaften auf zeitgemäße Angemessenheit zu prüfen** und ob die umfassenden Versicherungsleistungen noch zeitgemäß sind. Insbesondere ob sie ihre Versicherungsleistungen nicht besser in das allgemeine Unfall- und Krankenversicherungssystem abgeben sollten. Das System der Berufsgenossenschaften ist vor 120 Jahren eingeführt worden, zu einer Zeit, als Arbeit noch grundsätzlich ein gesundheitliches Risiko darstellte. Man sollte mal überlegen, warum ein/e Schuhverkäufer/in, ein Versicherungsvertreter oder Bürokaufmann eine staatlich bürokratisierte Unfallversicherung benötigt.

Die Wahlen dort, sog. Friedenswahlen zur Selbstverwaltung, sind ein Witz. Diesen Aufwand könnte man sich sparen, wenn die IHKn und Handwerkskammern in die Vertreterversammlungen delegieren würden. Das wäre ein weiterer Schritt zur Entbürokratisierung und würde eine Nähe zu denen schaffen, die die Berufsgenossenschaften finanzieren.

Weiterhin sollte geprüft werden, ob die umfangreichen Seminarangebote tatsächlich kostenlos sein müssen. Das begünstigt Seminartourismus, den die Arbeitgeber mit Freistellungen bezahlen müssen.

Die Antwort aus dem Büro des Hauptgeschäftsführers lautete: zu spät, das Programm sei schon gedruckt, man könne aber heute, am 14.1.11 darüber diskutieren, wie mit diesem Thema verfahren werden soll.

4. Des weiteren **vermisse ich im Arbeitsprogramm das Wort Luftverkehrsabgabe**. Diese schadet der Berliner Wirtschaft und betrifft tatsächlich alle, denn ausbleibende Touristen bringen jeder Branche Einnahmeausfälle. Die Ticketsteuer nützt nur dem Fiskus und führt zu einer zusätzlichen Verschleierung des Endpreises bei Flugtickets.
5. Bei der **Mitgliederkommunikation** (S. 20) fehlt, die Mitglieder darauf hinzuweisen, dass die Vollversammlung für sie öffentlich ist und sie auch die Protokolle im IHK-Netz abrufen können - einschließlich Anlagen zur Einladung und Protokoll. Diese Möglichkeit ist bisher noch nicht kommuniziert worden. Im IHK-Magazin muss die Arbeit in Ausschüssen und Vollversammlung nachvollziehbarer werden. Wenn wir die IHK-Mitglieder für den IHK-Betrieb interessieren wollen, dann müssen sie auch informiert werden, was und wie ihre Gremien diskutieren und beschließen.

Ganz toll dagegen ist die neue und im IHK-Magazin propagierte Möglichkeit, sich im IHK-Web eine IHK-Mitgliedsbescheinigung ausdrucken zu können. Mein Unternehmen besteht jetzt 35 Jahre und ich habe noch nie eine derartige Bescheinigung benötigt. Auch mein Wirtschaftsprüfer konnte mir nicht erklären, wozu man derartiges benötigt.

Völlig unverständlich ist es, dass das IHK-Web einen mitgliederinternen Bereich mit umständlichen Zugangsprozeduren hat. Die IHK Berlin vertritt nach ihren Angaben 260.000 Unternehmen. Mitgliedsunternehmen kennen in der Regel ihr kompliziertes Log-In nicht. Man muss es per Web-Formular anfordern. Es wird dann per Brief zugeschickt. Im internen Bereich ist zudem kein Mehrwert zu finden, der diese – ebenfalls nur bürokratische und zeitraubende - Hürde rechtfertigt.

Meine schriftliche Anfrage vom 16.12.2010 zur Protokollveröffentlichung an Herrn Eder blieb bisher unbeantwortet.

6. Was macht die Berliner IHK im DIHK?

Die Vollversammlung wurde in dieser Legislaturperiode noch nicht über den DIHK informiert, mit der Ausnahme, dass er der Berliner IHK Geld schuldet.

Wir fordern hier vom Land Berlin die Verminderung der Bürokratie, ignorieren aber die IHK-eigene. Schauen Sie sich mal das Organigramm des DIHK an. Im Wirtschaftsplan 2011 steht, dass die IHK Berlin, eine von 80, ca. 1 Mio Euro in 2011 an den DIHK überweisen wird. Weiterhin ist im Gespräch, dass der DIHK für seine Pensionsrückstellungen zusätzliches Geld benötigt. Es soll durch eine Umlage bei den deutschen IHKn besorgt werden.

Ich habe Herrn Eder in meiner Mail vom 16.12.2010 gebeten, in der Vollversammlung **über dieses Thema DIHK zu berichten**, insbesondere, welchen Einfluss und Stellenwert die Berliner IHK dort hat. Auch diese Anregung blieb bisher unbeantwortet.

Sie erinnern sich, als ich seinerzeit die Einsichtnahme in Präsidiumsprotokolle beantragte, dass Herr Schweitzer und Herr Eder an Sie appellierten, darauf zu verzichten, weil man sie doch jederzeit ansprechen und um Informationen bitten könne. Meine Anfragen – es sind wenige - werden seit einigen Monaten gar nicht oder sehr spät beantwortet.

Zu diesem Demokratieverständnis noch eine Anmerkung: Am 3.12.2009 wurde im IHK-Präsidium diskutiert, ob die Möglichkeit besteht, die durch „die Nachfragen von Herrn Dobat entstehenden Personalaufwendungen“ ihm zukünftig in Rechnung gestellt werden können.

Das 31seitige Arbeitsprogramm beschreibt ein bürokratisches Monster. Es beweist, dass die IHK in eigener Sache den berüchtigten Tunnelblick hat. Die eigene auswuchernde Bürokratie, einschließlich beim DIHK, wird nicht mehr wahrgenommen. Es kommt zuviel Geld herein. Dafür sucht sich die IHK ständig neue Aufgabenfelder, die sie durch umfangreiche Broschüren und Veranstaltungen bzw. Seminarangebote, die übrigens vielfach auch Mitgliedsunternehmen anbieten könnten, propagandistisch präsentiert.

Ein Beispiel: Wo ist das Interesse der Mitglieder an der Erstellung einer 96seitigen Hochglanzbroschüre anlässlich 20 Jahre Deutsche Einheit zu erkennen? Eine kostspielige Fleißarbeit zumal ungenannter Autoren. Aber ist dieses Art, Mitgliedsbeiträge zu verwenden, IHK-Aufgabe? Eher wohl die der Bundeszentrale für politische Bildung.

Aber keine Kritik ohne Lösungsansätze. Meine Vorstellungen von einer von ihren Mitgliedern akzeptierten IHK:

Die Kammer(n) sollte sich auf Kernaufgaben beschränken, d.h.:

- Betreuung der Berufsausbildung
- Allgemeine Existenzgründungsberatung , insbesondere Eintragungsfähigkeit ins Handelsregister
- Sachverständigenwesen und notwendige Stellungnahmen
- Erstellung von gesetzlich geforderten Exportdokumenten
- Beratung über Mediationsmöglichkeiten in Wettbewerbsfragen zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten

Daraus könnte folgen:

1. Die IHKn finanzieren sich ausschließlich durch Gebühren in Vollkostendeckung. Der DIHK wird verschlankt.
2. Alle sich selbst auferlegten Aufgaben kommen auf den Prüfstand, ob sie nicht den Verbänden (z.B. branchenbezogene Existenzgründungsberatung) und gewerblichen Wirtschaft (z.B. Fortbildung) überlassen werden können. Auch für Stellungnahmen zur Tagespolitik fehlt jede Autorisierung.
3. Um weiter anwachsende Pensionsrückstellungen zu vermeiden, werden die IHK Mitarbeiter marktüblich bezahlt und leben nach Erreichen des Ruhestandes von ihrer gesetzlichen Altersversorgung und der evtl. privat finanzierten Zusatzversorgung– wie die meisten gewerblichen Arbeitnehmer und IHK-Mitglieder auch.

Die Berliner IHK sollte erkennbar machen, dass **der größte Teil ihrer Mitglieder** nicht in der Industrie beheimatet ist, sondern **mehrheitlich kleine mittelständische Unternehmen sind**. Es sind Individuen, Menschen, die Taxen besitzen, Buchhändler, Reisebüros, Versicherungsmakler, Copyshops, Tankstellenpächter, selbständige Unternehmensberater und sonstige Dienstleister, Apotheker, Händler aller Art usw. usw. Diese kämpfen zum großen Teil täglich gegeneinander ums Überleben und gegen Auswirkungen der Globalisierung und Marktkonzentration. Die Mitglieder wünschen sich auch keinen IHK-Schwerpunkt für Existenzgründer sondern einen als Fürsprecher gemeinschaftlicher Interessen zur Existenzhaltung.

Das größte gemeinschaftliche Interesse des mittelständischen Handels ist es, sich im lokalen Markt zu behaupten. Es sind die zahlreichen Kleinunternehmen, die hier Gewerbeflächen und Läden anmieten und ihre Arbeitskräfte aus der Region beschäftigen. Sie kämpfen gegen mitunter dubiose Internet-Konkurrenz. Sie erleben täglich, wie zweifelhafte Warenlieferungen aus aller Welt ihre Kunden erreichen, die glauben dadurch unter Verzicht auf Beratung und Garantie etwas billiger zu bekommen.

Keineswegs wünscht sich der Berliner Mittelstand, dass die IHK es sich als Aufgabe gestellt hat, den Internethandel zu fördern. (S.23) Das ist allein die Aufgabe des Marktes und IHK-Gelder hierfür zu verwenden wäre eine Veruntreuung. Das mittelständische Gewerbe leidet bereits unter der Dominanz vom Amazon, Expedia und Ebay. Angemessen wäre die Formulierung „den Mittelstand für die eigene Internetpräsenz verstärkt zu sensibilisieren“. Eine gute Eigendarstellung im Internet wird immer unverzichtbarer im Wettbewerb.

Aufgabe der IHK wäre es, auf die Öffentlichkeit einzuwirken, die lokalen Anbieter stärker zu beachten, auf die Risiken im Internet-Versandhandels hinzuweisen. Es ist auch keine Green Economy, wenn jedes Buch aufwändig verpackt per Kfz-Boten angeliefert wird. Das „wo er kauft“ soll für den Verbraucher den gleichen Stellenwert haben wie das „was er kauft“. Er muss darauf hingewiesen werden, dass ein Geschäft in seiner Nachbarschaft, welches aufgibt, leere Gewerberäume, wegfallende Arbeitsplätze, geringere Steuereinnahmen verursacht und zu einer wirtschaftlichen Verödung der Kietze führt.

Geschäftsstraßeninitiativen zu fördern (S. 23) reicht nicht aus. „Gleich nebenan“ sollte wie bei der RBB-Abendschau der Leitsatz sein. Die IHK sollte den Verbraucher auf den Wert der individuellen Beratung z.B. im Handel, im Versicherungswesen und der Reisevermittlung hinweisen und der Öffentlichkeit den volkswirtschaftlichen Nutzen des wettbewerbsorientierten Mittelstands und Kleingewerbes darstellen.

Das sind Kernaufgaben einer lokalen IHK und gehören so auch in das Jahresprogramm.

Das Jahresprogramm 2011 (S. 31) hat auch eine Sparte „Intern“, die leider nur eine halbe Seite um fasst. Hier hätte ein Punkt noch hinzugefügt werden können:

Sparsam und verantwortungsbewusst gegenüber den Mitgliedern mit den Beiträgen umgehen, insbesondere:

- interne Bürokratie abbauen

Dieses Arbeitsprogramm ist – wie aus S. 1 dargestellt - nicht mit der jüngsten Rechtsprechung vereinbar. Es wäre - jetzt in Kenntnis dessen - von uns unverantwortlich, dieses so zu beschließen. Ich werde diesem Programm daher nicht zustimmen.

Die IHK ist ein Teil der Exekutive, denn ihr sind per Gesetz hoheitliche Maßnahmen übertragen worden. Dazu gehört, dass sie zwangsweise Mitgliedschaften und Beiträge, quasi Steuern, in Selbstverwaltung festlegen und einziehen kann. Die ebenfalls gesetzliche Aufgabe der Vollversammlung ist die Kontrolle, u.a. darüber dass die IHK sparsam mit ihren Geldern umgeht und sich nicht weiter durch selbst auferlegte Zusatzaufgaben aufbläht. Das ist das vordringlichste Gesamtinteresse der Gewerbetreibenden.

Eine Erhöhung des Personalbestandes um 14 Planstellen und Gehaltssumme von 11,4 Mio € in 2010 auf 12.4 Mio € in 2011 lediglich zur Kenntnis zu nehmen und durchzuwinken entspricht nicht einer verantwortungsvollen Wahrnehmung des Mandats. Die Absage des Vollversammlungsgespräches ist ein Indiz dafür, dass eine tiefer gehende Information der Vollversammlung keine Priorität hat.

Ich bitte, diese Ausführungen dem Protokoll beizufügen

4.1.2011 Egon Dobat